



Vorblatt

Vorlage - zur Beschlußfassung -

über die Errichtung einer Gedenkstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“

A. Problem

Es gibt in Deutschland noch keine zentrale Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer des Holocaust. Das Land der Täter stellt sich dieser nationalen Aufgabe des Gedenkens, kurze Zeit bevor, an die Seite der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem auch das große Holocaust Memorial Museum in Washington D. C. treten wird (1993). Im Gegensatz zu diesen beiden Partnerinstitutionen ist das Haus der Wannsee-Konferenz nicht nur eine Erinnerungsstätte für die Opfer, sondern auch ein Ort der Täter. Deren Situation, ihre Wurzeln in der Bürokratie und die durch sie exemplifizierte Gefahr, zum Täter zu werden, müssen an diesem Ort deutlich werden.

Seit Jahrzehnten wird im In- und Ausland gefordert, das Haus Am Großen Wannsee 56 - 58, in dem 1942 die „Wannsee-Konferenz“ über den Völkermord an den Juden Europas beraten hatte, zum Ort des Erinnerns zu machen. Das Haus der Wannsee-Konferenz ist ein Ort von hohem Symbolwert für die Angehörigen der Opfer und für alle, die Verantwortung für das Lernen aus der nationalsozialistischen Vergangenheit empfinden. Die jahrzehntelange Nutzung des Hauses als Schullandheim wurde deshalb von großen Teilen der deutschen und internationalen Öffentlichkeit kritisiert.

B. Lösung

Das Haus der Wannsee-Konferenz steht als Gedenkstätte zur Verfügung, seitdem der Senat dem Schullandheim zu einem neuen Hause verholfen hat. Derzeit wird das Haus für die neue Nutzung umgebaut. Vorgesehen sind eine Dauerausstellung über die Wannsee-Konferenz und über den gesamten Prozeß der Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung der Juden Europas, außerdem ein Bildungsprogramm mit Veranstaltungen für Jugendliche, Lehrer und andere Multiplikatoren, in dem über diesen Teil der Geschichte informiert und über die Konsequenzen nachgedacht wird, die daraus für den Umgang mit Minderheiten in unserer Gesellschaft gezogen werden sollten. Dabei muß die Situation des „arbeitsteiligen Schreibtischtäters“ in den Blick rücken, der „nur“ irgendeine Teilverordnung umsetzt und damit doch einen Pflasterstein auf dem Weg zu der Gaskammer setzt, von der er nichts weiß und nichts wissen will. Eine Mediothek ermöglicht mit Büchern, Mikrofilmen und anderen Medien ein forschendes Lernen, angeleitet von Mediothekaren und einem qualifizierten pädagogischen Team.

Die Gedenkstätte soll in gesellschaftlicher Verantwortung von einem Trägerverein „Erinnern für die Zukunft“ betrieben werden, dem neben der Bundesrepublik Deutschland und dem Lande Berlin der Zentralrat der Juden in Deutschland und andere gesellschaftliche Gruppen angehören. Bund und Land finanzieren die Gedenkstätte durch Zuwendungen.

C. Alternativen

Keine gleichwertigen.

D. Kosten

Im Haushaltsjahr 1991 beträgt der Anteil des Landes Berlin an der Zuwendung für den Trägerverein in der Errichtungsphase 1 818 000 DM; 1992 beläuft sich der Anteil des Landes Berlin an der Zuwendung auf 1 598 000 DM; ab 1993 laufend 1 200 500 DM.

Das Land Berlin erhält für Miete, Kostenerstattungen und Instandhaltung 1991 Einnahmen in Höhe von 172 440 DM, 1992 von 172 000 DM und ab 1993 von 147 000 DM.

E. Zuständigkeit

Regierender Bürgermeister